

Kommunismus, neu aufgelegt

Das Internet fördert mit «Open Source» eine neue Art des Teilens von Produktionsmitteln

CHRISTIAN MIHATSCH

Die digitale Welt ermöglicht freies Teilen von Wissen und Software. Angebote bestehen. Nicht jedoch aus altruistischen Gründen, sondern weil sich das Teilen als effizient erweist.

«Wenn uns das Internet etwas lehrt, dann Folgendes: Grosser Wert wird geschaffen, wenn wir zentrale Ressourcen im Gemeinbesitz lassen, sodass sie frei sind und die Menschen darauf aufbauen können.»

(Lawrence Lessig, Gründer von Creative Commons)

Karl Marx wollte die Welt verändern, und das wesentliche Problem in dieser Welt war für ihn der Gegensatz der Klassen: hier die ausgebeuteten Arbeiter, dort die vermögenden Kapitalisten. Während die einen nur ihre Arbeitskraft zu bieten hatten, besaßen die anderen die Produktionsmittel, die Maschinen und Fabriken. Die industrielle Revolution hatte eine Steigerung der Produktivität ermöglicht und Menschen um ihre Arbeit gebracht. Für Marx war daher klar: Die Produktionsmittel müssten in Gemeinbesitz übergehen, um allen ein Auskommen zu sichern. Die Idee fand Anhänger, die sich am Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft versuchten. Die Versuche aber scheiterten. Kaum ein Land wird heute noch nach den kommunistischen Idealen geführt.

Gleichsam mit dem Kollabieren der Sowjetunion nimmt Ende der Achtzigerjahre aber eine neue, digitale Revolution ihren Lauf. Computer und vor allem das Internet beginnen, Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern. Bill Gates, Besitzer der Betriebssystemherstellerin Microsoft, wird zum reichsten Mann der Welt. Software und Daten sind die neuen Produktionsmittel dieser Zeit.

GEMEINSAME CODES. Viele Programmierer halten ihre Programmcodes – anders als Microsoft – jedoch nicht geheim, sondern teilen sie mit ihren Kollegen. Mit «Linux» entsteht ein «offenes» Betriebssystem für Heimcomputer, und «OpenOffice» macht den Microsoft-Produkten «Word», «Excel» & Co. Konkurrenz. Doch auch der Bestand an Daten im Gemeinbesitz nimmt zu. Die Internetenzyklopädie Wikipedia verbreitet kostenloses Wissen und das OpenMaps-Projekt versucht eine Karte der Welt zu erstellen. Der Gemeinbesitz von Software und Inhalt scheint ein Erfolgsrezept zu sein. Hatte Marx also doch recht und war nur zu früh?

Dem Ökonomen Marx wäre die Gemeinsamkeit der verschiedenen offenen Projekte aufgefallen. Die Kosten für die Herstellung einer zusätzlichen Kopie von «Linux» oder der Übermittlung eines Wikipedia-Eintrags sind nahe null. Während

die Herstellung von CDs etwas kostet, verlangt die Vervielfältigung von Musik im Netz nur ein paar Klicks. Diese Veränderung entzieht nicht nur der Musikindustrie die Geschäftsgrundlage, sie führt zu einer «neuen Ökonomie des Teilens».

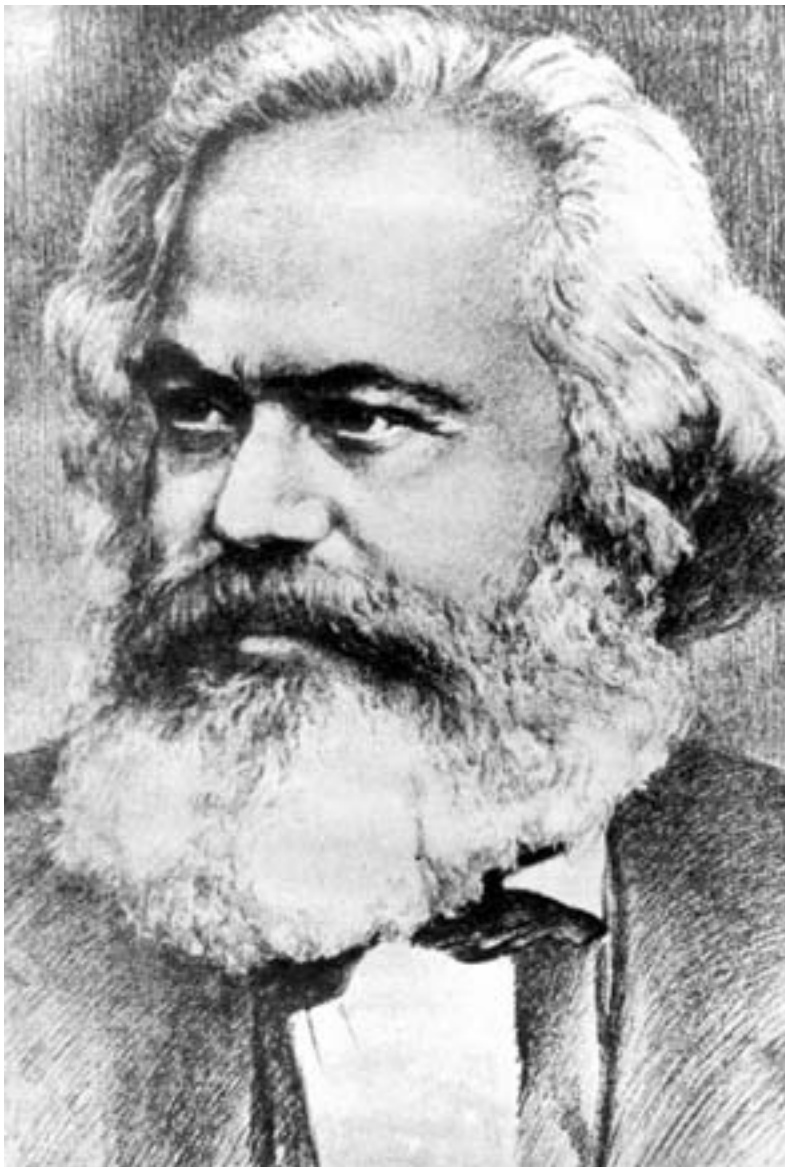
ERPROBT IN DER WISSENSCHAFT. Wirklich neu ist diese Teilwirtschaft jedoch nicht, sie entspricht der Arbeitsweise in der Wissenschaft. Forschungsergebnisse werden veröffentlicht, damit sie von anderen Wissenschaftlern überprüft werden und alle darauf aufbauen können. Der Anreiz der Forscher ist nicht Geld, sondern Ansehen unter Kollegen. Das gilt ebenso für die Programmierer: Wer Massgebliches beiträgt, verdient Respekt. Im Gegensatz zum Gemeinbesitz an Maschinen scheint dieser Wissenskommunismus ökonomisch effizient.

Längst nutzen auch Grosskonzerne diesen Vorteil. Android, das Handy-Betriebssystem von Google, ist offen. Konzerne, die auf offene Produkte setzen, versprechen sich davon einen Konkurrenzvorteil. Das Öffnen des Programmcodes und der Verzicht auf Patente und Lizenz-einnahmen beschleunigt die Innovation. Geld verdienen Firmen wie Sun, IBM oder der Linux-Anbieter Redhat mit der Beratung oder eingebetteter Werbung.

KLASSE DER KREATIVEN. Innovationsfähigkeit entscheidet heute über den Erfolg von Unternehmen, ja ganzen Volkswirtschaften. Doch auch das beste Computerprogramm produziert keine Innovationen. Diese beruhen auf einer menschlichen Fähigkeit: der Kreativität. Software und Inhalt sind nur Werkzeuge. Ausschlaggebend ist die Fähigkeit, diese Werkzeuge zu nutzen. Bildung und Wissen sind die Schlüsselressourcen in der «Wissensgesellschaft».

Doch wie schon zu Marx' Zeiten sind die Ressourcen ungleich verteilt. Soziologen beobachten die Entstehung einer «Creative Class», die aus Wissenschaftlern, Ingenieuren, Künstlern, Journalisten, aber auch Lehrern, Ärzten, Managern und Anwälten besteht. Ein Drittel der Erwerbsbevölkerung zählt zur Creative Class, schätzt deren «Erfinder», der Soziologe Richard Florida. Sie haben die gemeinschaftlich genutzte Software und Inhalte entwickelt und sind deren Hauptnutznießer.

Der Gemeinbesitz am kollektiven Wissen führt nicht zur klassenlosen Gesellschaft der Marxisten. Wichtig ist, vielen Menschen Zugang zu diesem gemeinsamen Schatz zu eröffnen. Wer sich hier an Marx hält, liegt falsch: Nicht Klassenkampf, sondern Bildung ist der Schlüssel zu einer besseren Welt.



Für Wissenskommunismus. Karl Marx hätte Freude am Internet. Foto Keystone

Die Welt der offenen Quellen

OPEN SOURCE SOFTWARE. Die bekanntesten Projekte sind der Internet Browser Firefox, OpenOffice als Ersatz für Word, Excel und Powerpoint und natürlich das Betriebssystem Linux. Privatnutzer nutzen meist eine Linux-Variante namens Ubuntu. Aber auch für Kinder gibt es Open Source Software, etwa das Malprogramm Tuxpaint.

OPEN GEODATA. Land- und Strassenkarten sind ein Milliardenmarkt. Aber auch hier machen Freiwillige den Konzernen Konkurrenz: OpenStreetMap hat sich zum Ziel gesetzt alle Strassen und Pfade der Welt zu erfassen.

OPEN CONTENT. Neben Wikipedia und dessen Schwesterprodukten erfreut sich in der deutschsprachigen Welt vor allem das Projekt Gutenberg für digitale Bücher grosser Bekanntheit. Für Bilder, Musik und Filme lohnt sich ein Besuch bei Creative Commons.

OPEN ACCESS. Wissenschaftliche Zeitschriften werden ebenfalls nach der Open Logik veröffentlicht. Das Directory of Open Access Journals verzeichnet die meisten dieser Publikationen. mic

Eine Übersicht mit Links zu verschiedenen interessanten Websites finden Sie online unter:
www.open.bazonline.ch

Deutschland verweigert sich

Liechtenstein muss Datendieb alleine suchen

VADUZ/BERLIN. Das Fürstentum Liechtenstein muss bei der Fahndung nach dem mutmasslichen Datendieb und Auslöser der deutsch-liechtensteinischen Steueraffäre auf die Hilfe Deutschlands verzichten. Berlin hat entsprechende Rechtshilfegesuche abgelehnt. Liechtensteins Justizminister Klaus Tschütscher zeigte sich verwundert über die Haltung Deutschlands. Sie sei «völkerrechtlich und rechtsstaatlich nicht nachvollziehbar», sagte er gegenüber «Radio Liechtenstein». Deutschland stützt sich bei der Verweigerung auf das Europäische Rechtshilfeübereinkommen. Demnach könne Rechtshilfe verweigert werden, wenn der ersuchte Staat der Ansicht sei, dass die Erledigung des Gesuchs geeignet sei, die Souveränität, Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche Interessen des Landes zu beeinträchtigen, schreibt die Staatsanwaltschaft in Vaduz.

Der mutmassliche Datendieb Heinrich Kieber wurde vor einem Jahr zur Fahndung ausgeschrieben und wird seither mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Er soll dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) bei der LGT Treuhand gestohlene Kundendaten verkauft und dafür über vier Millionen Euro kassiert haben. SDA

Rieter schreibt tiefrote Zahlen

Ein Umbau des Maschinenbauers wurde bereits eingeleitet

Der Maschinenproduzent Rieter ist wegen der Krise erstmals seit einem Vierteljahrhundert tief in die roten Zahlen geraten. 2009 erwartet Rieter einen weiteren Umsatzrückgang.

Rieter weist für 2008 nach Sonderkosten für Restrukturierung und Goodwill-Abschreibungen einen Reinverlust von 396,7 Millionen Franken aus, verglichen mit einem Vorjahresgewinn von 211,5 Millionen Franken. Erstmals waren mit dem Textilmaschinen- und dem Autzulieferergeschäft beide Konzerndivisionen gleichzeitig vom massiven Einbruch betroffen.

Rieter Textile verzeichnete für 2008 einen Betriebsverlust von 49,5 Millionen Franken, Rieter Automotive Systems musste einen Betriebsverlust von 251,0 Millionen Franken hinnehmen. Der Verlust auf Stufe Ebit betrug insgesamt 312,1 Millionen Franken. Er vergleicht sich mit einem Betriebsgewinn von 211,5 Millionen Franken im Vorjahr. Rieter hatte die Sonderbelastungen bereits im Januar angekündigt. Damals wurde auch der Konzernumsatz bekannt gegeben, der um einen Fünftel auf 3,142 Milliarden

Franken einbrach. Der Bestelleingang stürzte sogar um 37 Prozent auf 2,562 Milliarden Franken ab.

KEINE DIVIDENDE. Der Rieter-Verwaltungsrat will für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende zahlen, nachdem im Vorjahr noch 15 Franken je Aktie ausgeschüttet wurden. Stattdessen werden den Aktionären Optionen zugeteilt. Diese berechtigen zum Kauf von Rieter-Aktien, was von einem Analysten der Bank Vontobel als «eher eine kleine Kapitalerhöhung» bezeichnet wurde. Rieter gab gleichzeitig bekannt, dass das im September 2007 angekündigte Aktienrückkaufprogramm vorzeitig per sofort gestoppt werde.

Rieter hat bereits Restrukturierungsmaßnahmen eingeleitet, verbunden mit Kurzarbeit und einem weltweiten Stellenabbau. Zudem wurden Werksschliessungen und Strukturanpassungen in den USA und in Spanien, Deutschland, Italien und Frankreich eingeleitet. Die Zahl der Arbeitsplätze wurde um 2823 (16 Prozent) verringert. 2009 werden die Restrukturierungsprojekte weiter um-

gesetzt, wie Konzernchef Hartmut Reuter zu verstehen gab. Produktionskapazitäten und Kostenstruktur würden angepasst.

Rieter stand per Ende 2008 mit einer Eigenkapitalquote von 36 Prozent (Vorjahr: 48 Prozent) und einer Nettoverschuldung von 37 Millionen Franken (Vorjahr: Nettoliquidität von 145 Millionen) laut der Bank Vontobel noch relativ solide da. Dennoch bezeichnete der Analyst das Ergebnis als sehr schwach. Bei fortgesetzt schwierigem Marktumfeld werde die Liquidität zum Problem, gab der Analyst der Zürcher Kantonalbank zu bedenken. AP

RIETER IN ZAHLEN		
	2008 in Mio. Fr.	2007 in Mio. Fr.
Betriebsergebnis (Ebit)	-312,1	278,7
Ebit Textil	-49,5	200,7
Ebit Automotive	-251,0	91,6
Finanzergebnis	-64,7	22,7
Steuern	-19,9	-89,9
Reingewinn	-396,7	211,5
Bilanzsumme	2088,9	2847,4
Eigenkapital	746,2	1369,5

nachrichten

Deutsche Exporte brechen drastisch ein

BERLIN. Die Aussichten für Exportweltmeister Deutschland trüben sich in der Wirtschaftskrise weiter ein. Der Aussenhandelsverband BGA erwartet für das laufende Jahr einen Rückgang der Exporte um bis zu 15 Prozent. Das wäre das stärkste Minus seit Gründung der Bundesrepublik vor 60 Jahren. Bislang war der BGA von einem Rückgang von rund acht Prozent ausgegangen. Die Importe dürften 2009 um acht Prozent zurückgehen – damit säneke der Aussenhandelsüberschuss auf 93 Milliarden Euro, teilte der BGA weiter mit. SDA

LLB verdient deutlich weniger

VADUZ. Die Liechtensteinische Landesbank (LLB) hat 2008 einen Gewinnbruch hinnehmen müssen. Das Konzernergebnis sank um 38,1 Prozent auf 150,6 Millionen Franken. Die Erfolge aus dem Zinnesgeschäft und aus dem Handelsgeschäft erreichten Rekordwerte, die Kundenvermögen hingegen gingen um 23,1 Prozent zurück. AP

Vetropack leidet unter Währungsverlusten

BÜLACH. Der Reingewinn des Glasverpackungskonzerns Vetropack ist 2008 um 22,4 Prozent auf 78,5 Millionen Franken zurückgegangen. Das Unternehmen hatte schon im letzten Dezember einen Währungsverlust von 30 Millionen Franken wegen des Absturzes der ukrainischen Währung angekündigt. Die Aktionäre sollen dennoch eine unveränderte Dividende von 35 Franken je Inhaberaktie und von sieben Franken je Namenaktie erhalten. AP



Foto Keystone

Schweizer essen mehr Fleisch

BERN. Die Fleischwirtschaftsbranche konnte sich vergangenes Jahr über eine gute Konsumentenstimmung freuen – trotz Wirtschaftskrise: 2008 wurden in der Schweiz mehr als 417 000 Tonnen Fleisch verzehrt. Der Konsum stieg damit um drei Prozent an. Pro Person wurden 53,4 Kilogramm konsumiert – fast ein Kilogramm mehr als 2007, teilt die Branchenorganisation Proviande mit. Am grössten war die Zunahme beim Geflügelfleisch, den grössten Anteil machte aber Schweinefleisch aus. Bei teurerem Fleisch wie Kalb oder Wild ging der Konsum indes zurück. AP

Frankreich schützt den reinen Rosé

BRÜSSEL. Im Streit um «reinen» Rosé-Wein hat Frankreich eine Sonderregel durchgesetzt. Experten der 27 EU-Staaten billigten gestern einen Kompromissvorschlag der EU-Kommission, wonach französischer Wein die Bezeichnung «traditioneller Rosé» auf dem Etikett tragen darf. Damit wollen die französischen Winzer ihre Produkte von anderen Rosé-Weinen abheben, die durch das Mischen von Rot- und Weisswein hergestellt werden. Letzteres ist in der EU seit 2007 erlaubt. Früher galt die aus der Provence stammende Herstellungsmethode als wegweisend. Dabei werden Haut und Fruchtfleisch roter Trauben vor dem Keltern nur kurz aufgeweicht, so dass der Saft eine rosarote statt einer roten Farbe erhält. SDA/AFP